

Niedersächsische Staatskanzlei
Ministerpräsident Stephan Weil
Planckstraße 2; 30169 Hannover
ministerpraesident@stk.niedersachsen.de

05.03.2019

- OFFENER BRIEF -

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

die Nuklearfirma Eckert & Ziegler kann an ihrem Braunschweiger Firmenstandort mit radioaktiven Stoffen in sehr erheblichem Umfang umgehen. Die Größenordnung entspricht hierbei dem 300-fachen der Gesamtaktivität der 126.000 Fässer, die in dem gescheiterten Versuchsendlager „Asse II“ lagern.

Es befinden sich weit über 100 radioaktive Stoffe auf dem Firmengelände. Unter Ihnen befinden sich mit Americium und Plutonium auch hochproblematische Nuklide. Eine Analyse des Gefährdungspotenzials, die anhand offizieller Berechnungsvorschriften vorgenommen wurde, liegt inzwischen vor. Hier wird deutlich: Wenn nur ein Tausendstel des genehmigten Inventars durch einen Störfall freigesetzt wird, so wäre eine Evakuierung in bis zu 20 km Entfernung nötig. Diese Analyse wurde inzwischen gutachterlich geprüft und als korrekt eingestuft.

Daher sind der nahegelegene Flughafen und die damit verbundenen Überflüge über das Firmengelände von Eckert & Ziegler höchst problematisch. Ein von der Stadt Braunschweig beauftragter Strahlenschutzexperte kommt zum Fazit: „Der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg stellt ein besonderes Risiko im Hinblick auf einen Flugzeugabsturz auf Gebäude der Gewerbebetriebe am Standortort Braunschweig-Thune und Freisetzungen von radioaktiven Stoffen dar.“

Durch den nahegelegenen Flughafen können die Anwohner*innen praktisch täglich große Verkehrsmaschinen beobachten, die in geringer Höhe über das Nukleargelände fliegen. Dies soll an einem Beispiel verdeutlicht werden: Am 07. Februar 2019 flog am späten Nachmittag eine Boeing 737-800 (max. Startmasse 79 Tonnen) in geringer Höhe 13-mal hintereinander über das Nukleargelände. Nach den uns zur Verfügung stehenden Informationen handelte es sich um Platzrunden im Rahmen der Pilotenausbildung.

Dies zeigt: Der Nuklearstandort ist nicht tragbar. Wir fordern Sie auf: Setzen Sie sich für die Sicherheit der Bürger*innen ein und wirken Sie auf eine Standortverlagerung hin. Der ESK-Stresstest sowie BISS-Stresstest bilden eine notwendige und auch hinreichende Handlungsgrundlage, um nachvollziehbar und rechtssicher die Genehmigung für den Umgang mit radioaktiven Stoffen an diesem Standort aufzuheben.

Mit freundlichen Grüßen

BISS e.V.

weitere Informationen finden Sie hier:

